

Buchbinder-Zeitung

Ercheint Sonntags.
Abonnementpreis 1,00 Mark pro
Quartal erst Vorkasse. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Interate
pro dreifachste Beträge 60 Pf. ;
für Verbandsmitglieder 40 Pf. ;
Stellungsangebote 40 Pf. ; Ver-
sammlungsanfragen 20 Pf. ; Verbat-
tungsanfragen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 23.

Berlin, den 3. Juni 1917.

33. Jahrgang.

Unsere Teuerungszulagenbewegung.

Neue Vereinbarungen mit dem Verbands-Deutscher Buchbinderbesitzer. Wir haben schon in letzter Nummer kurz berichtet, daß für Donnerstag, den 24. Mai, eine gemeinsame Sitzung mit dem Verbands-Deutscher Buchbinderbesitzer in Leipzig anberaumt worden war. Diese Sitzung hat stattgefunden und nach sehr langwierigen Verhandlungen zu den untenstehenden Vereinbarungen geführt. Vom V. D. B. waren als Vertreter erschienen die Herren Sperling, Dr. Petersmann, Friedrich, Nummel, Kloth und ihr Syndikus Dr. Liebhaber aus Leipzig, von Berlin: Bauer und Wübben, von Stuttgart: Koch; vom Deutschen Buchbinderverband die Kollegen Kloth, Garder und Kollegin Krzymin vom Verbandsvorstand, Nüger, Klar und Greve aus Berlin, Wienick, Thalheim und Kollegin Thiel aus Leipzig, Semminger, Drehwald und Veherbach aus Stuttgart und Gropenhoff aus München. Letzterer war aus dem Grund mit hinzugezogen, weil nach Mitteilungen des V. D. B. auch die Münchener Arbeitgeber vertreten sein würden und deshalb eine Vertretung unsererseits angebracht sei. Die Münchener Arbeitgeber hatten jedoch in letzter Stunde abgesehen, da für sie durch Gewährung von örtlichen Teuerungszulagen die Sache erledigt sei.

Unsere Verbandsvertreter vertreten zunächst die Teuerungszulagen-Vorlage unserer Gewerkschaftskonferenz. Demgegenüber legten die Arbeitgeber einen Entwurf vor, der in der Hauptsache besagte, wie lange der Tarif gelten, wann die beiderseitigen Vertreter nach Friedensschluß mit England zusammentreten, daß die Verzinsung der Städte München, Frankfurt, Düsseldorf, Magdeburg, Hannover, Köln, Hamburg, Dresden, Breslau, Nürnberg zum Dreifachdiätarier von der Gehaltsklasse bewirkt werden müsse und daß unter diesen Voraussetzungen und unter Beibehaltung der am 8. Mai festgesetzten Teuerungszulagen und des 10 prozentigen Zuschlages für Handfalzarbeiten neue Vereinbarungen zu treffen seien, die folgendes befaßten:

In Wegfall kommen: a) die Kinderzulagen, b) die für die Affordarbeiter gewährten Zulagen vom 8. Mai 1916, c) die unter dem 28. November 1916 gewährten Zulagen; dafür sollen an Teuerungszulagen erhalten:

Männliche Arbeiter in Berlin, Leipzig und Stuttgart bei einem Wochenverdienst über 25 bis 30 Mk. Verheiratete 6.— Mk., Ledige 4.— Mk.; über 31 bis 35 Mk. Verheiratete 5.— Mk., Ledige 3,50 Mk.; über 35 bis 40 Mk. Verheiratete 4.— Mk., Ledige 2,50 Mk.; über 40 bis 50 Mk. Verheiratete 3,50 Mk., Ledige 2.— Mk.; über 50 bis 70 Mk. Verheiratete 3.— Mk., Ledige 1,50 Mk.; über 70 Mk. keinen Zuschlag.

Arbeiterinnen in Berlin, Leipzig und Stuttgart, ob verheiratet oder ledig, bis 10 Mk. 1,50 Mk.; über 10 bis 15 Mk. 2.— Mk.; über 15 bis 18 Mk. 2,50 Mk.; über 18 bis 30 Mk. 2.— Mk.; über 30 Mk. 1,50 Mk.

Der neue Teuerungszuschlag sollte vom 1. August an gezahlt werden und das „leberstundenverbot“ von Gehilfen Seite ausdrücklich zurückgezogen werden, „da es gegen die Vereinbarungen verstößt“.

Für Berlin waren keine Säge in Ansatz gebracht worden, weil nach den Erfahrungen der Arbeitgebervertreter bei ihnen keine Lust vorhanden sei, immer durch die Berliner Sonderwünsche mit

endlosen Debatten die Zeit zu verbringen; es möchten sich über die Berliner Teuerungszulagen beide Parteien örtlich verständigen. Von unseren Berliner Vertretern wurde natürlich dagegen Verwahrung eingelegt, da sie mit zu den Tarifvertragschließenden gehörten und daher ihre Angelegenheiten auch bei den gemeinsamen zentralen Verhandlungen mit geregelt wissen wollten.

Die Verhandlungen dauerten erstmalig von 11 Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags. Dann trat eine Mittagspause ein, während der sich beide Parteien mit den gemachten Vorschlägen beschäftigten und auf Wunsch der Arbeitgeber von den Arbeitervertretern eine neue Vorlage ausgearbeitet wurde, da die Gauleitervorlage unannehmbar wäre, auf Grund deren jede Verständigung unmöglich sei. Die Verhandlungen wurden 4½ Uhr wieder aufgenommen.

Die neue Vorlage unserer Verbandsvertreter rief eine ausgedehnte Aussprache hervor. Gegenwärtige der anderen Partei folgten; mehrere Sonderbedingungen beider Parteien machten sich notwendig und erst abends kurz vor 10 Uhr konnten die Verhandlungen nach Annahme und Niederschrift der nachfolgenden Vereinbarungen geschlossen werden:

Beschlüsse

der gemeinsamen Vorstandssitzung des Verbandes Deutscher Buchbinderbesitzer und des Deutschen Buchbinderverbandes am 24. Mai 1917 im Deutschen Buchgewerbehaus in Leipzig.

An Stelle der am 8. Mai 1916 in Leipzig und allen später in Leipzig, Berlin und Stuttgart getroffenen Vereinbarungen über Kriegsteuerungszulagen wird folgendes neu vereinbart:

1. Der bestehende Tarif bleibt bis zum 1. Juli nach Friedensschluß mit England in Kraft. Werden Abänderungen in den tariflichen Abmachungen von der einen oder der anderen Seite verlangt, so sind die betreffenden Anträge bis zum vorhergehenden 1. April beim Zentralvorstand einzureichen. Werden Abänderungen bis dahin von keiner Seite verlangt, so verlängert sich die Gültigkeitsdauer des Tariffs je um ein weiteres Jahr.

2. Drei Monate nach Friedensschluß mit England treten die beiderseitigen Vertreter der vertragsschließenden Organisationen zu einer Beratung darüber zusammen, ob und in welcher Höhe die Teuerungszulagen weiter zu gewähren sind.

3. Sämtliche bisher gewährte, durch Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen festgelegte allgemeine Teuerungszulagen kommen in Wegfall. Lohnaufbesserungen sind mit Teuerungszulagen nicht gleichbedeutend und deshalb bleiben Lohnaufbesserungen von allen diesen Beschlüssen gänzlich unberührt.

4. Dafür werden folgende Teuerungszulagen vereinbart, die ab 1. Juli 1917 in Kraft treten:

Männliche Arbeiter in Zeit- und Affordlohn erhalten bei einem Wochenverdienst bis 34 Mk. Verheiratete 9,50 Mk., Ledige 8.— Mk.; über 34 bis 38 Mk. Verheiratete 8.— Mk., Ledige 6,50 Mk.; über 38 bis 42 Mk. Verheiratete 6,50 Mk., Ledige 5.— Mk.; über 42 Mk. Verheiratete 4,50 Mk., Ledige 3.— Mk. Arbeiterinnen in Zeit- und Affordlohn erhalten bei einem Wochenverdienst bis 12 Mk. 2.— Mk.; über 12 bis 20 Mk. 4,50 Mk.; über 20 Mk. 3,50 Mk.

Für Handfalzarbeiten werden außerdem 20 Proz. Zuschlag auf die tariflichen Affordpreise gezahlt.

5. Die Verrechnung und Bezahlung der Teuerungszulagen erfolgt wöchentlich auf Grund des jeweiligen Wochenverdienstes. Bei Versäumnis und nicht voller Beschäftigung werden die Teuerungszulagen unter Zugrundelegung des vollen Wochenverdienstes anteilig berechnet. Gesetzliche Feiertage gelten nicht als Versäumnis.

Bei einzelnen Firmen etwa bestehende höhere Teuerungszulagen dürfen nicht gekürzt werden.

Betreffs der Leberzeitarbeit gelten die tariflichen Bestimmungen.

6. Für Berlin ist außer den obigen Teuerungszulagen ein besonderer Zuschlag auf alle bezahlten Löhne zugesagt, dessen Höhe noch örtlich geregelt wird.

Leipzig, den 24. Mai 1917.

Verband Deutscher Buchbinderbesitzer.

gez. Arthur Nummel.

Deutscher Buchbinderverband,

gez. Emil Kloth.

Bemerkenswert ist noch, daß im Laufe der Verhandlungen von Herrn Koch mit großer Fähigkeit der Standpunkt seiner Stuttgarter Kollegen vertreten wurde, daß für Stuttgart niedrigere Teuerungszulagen als für Leipzig und selbstverständlich auch als in Berlin festgesetzt werden müßten, wogegen sämtliche Arbeitervertreter, insbesondere natürlich die Stuttgarter, entschieden Stellung nahmen, so daß Herr Koch schließlich seine Zustimmung zu den Vereinbarungen unter dem Vorbehalt gab, daß seine Stuttgarter Kollegen dem auch zustimmten.

Bei dem besonderen Zuschlag auf alle gezahlten Löhne in Berlin handelt es sich darum, daß von den Berliner Arbeitervertretern 10 Proz. gefordert wurden, von den Berliner Arbeitgebervertretern jedoch nur 5 Proz. zugestanden wurden. Deswegen soll eine örtliche Verständigung versucht werden.

Wir beschränken uns absichtlich auf das allernotwendigste über die in Leipzig stattgefundenen Verhandlungen, da am Freitag, den 1. Juni, in Berlin, Leipzig und Stuttgart Versammlungen stattfinden werden, in denen von unseren Vertretern mündlich Bericht erstattet wird. Im lebendigen Fluß der Rede läßt sich ein viel besseres Bild über den Gang der Verhandlungen und über die Beweggründe unserer Vertreter geben als durch noch so eingehende schriftliche Wiedergabe. Und durch Rede und Gegenrede wird die Kollegenschaft auch viel besser jenes Bild in sich aufnehmen können.

Es ist daher Pflicht aller unserer Kollegen und Kolleginnen in den Tarifstädten, soweit sie zur Buchbinderie gehören, jene Versammlungen zu besuchen.

Es ist aber auch ihre verdammt Pflicht und Schuldigkeit, dem Verbands alle noch unorganisierten zuzuführen. Die Zeit dafür ist günstig!

Der Deutsche Buchdruckerverein zu den Teuerungszulagen gab auf das bezügliche Rundschreiben unseres Verbandsvorstandes die nachstehende Antwort:

„Auf Ihre gest. Zuschrift vom 9. d. M., betreffend eine Neuregelung der Teuerungszulagen für die Buchbinder und Buchbinderarbeiterinnen in den Buchdruckerbetrieben, erwidern wir höflich, daß sich die Lohn- und Teuerungszulagen für Buchbinderarbeiter in den Buchdruckerbetrieben nach

den für die einzelnen Orte geschlossenen Vereinbarungen zwischen dem Verband Deutscher Buchbindermeister und dem Buchbinderpersonal zu richten pflegen. Aus diesem Grunde glauben wir infereerseits von einer gesonderten Regelung der Lohn- und Feuerungszuschläge absehen zu müssen, zumal uns bekanntgeworden ist, daß Ihre Verhandlungsleitung sich zwecks Verhandlungen über diese Fragen bereits an den Verband Deutscher Buchbindermeister gewandt hat.

Hochachtungsvoll

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-vereins.

Dr. W. Klinshardt, 1. Vorsitzender.
Franz Köhler, Generalsekretär.

Hierauf wollen unsere Kollegen in denjenigen Orten besonders Bedacht nehmen, wo die Buchdruckermeister sich nicht mindestens zur Gewährung der am 24. Mai 1917 mit dem Verband Deutscher Buchbindermeister getroffenen Vereinbarungen verstehen können.

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten gab folgende zu nichts verpflichtende Antwort:

Wir bestätigen das gesl. Schreiben vom 9. Mai, das wir unserem Verbandsorgan, der „Kartonnagen-Zeitung“ zur Veröffentlichung einschicken werden.

Hochachtungsvoll

Zentralverband Deutscher Kartonnagenfabrikanten.
R. Otte.

Eine solche Antwort ist verständlich bei der Interessenlosigkeit eines großen Teils unserer Kartonnagen, würden sie sich zur frischen Tat aufraffen, da Hände es anders.

Die sächsischen Gewerkschaften und die Ernährungsfrage.

Auf der Jahreskonferenz der sächsischen Gewerkschaften, die am Sonntag, den 13. Mai, in Dresden abgehalten wurde, nahmen einen breiten Raum in den Verhandlungen die Ernährungsfragen ein. An den Beratungen beteiligte sich auch als Vertreter der sächsischen Staatsregierung der Vorsitzende des Landeslebensmittellamts, Herr Geh. Regierungsrat Dr. Schmitt. Aus den Verhandlungen haben wir folgendes hervor:

Das Minister hat Genosse Landtagsabgeordneter Ullig übernommen, der sich einleitend dagegen verwahrte, daß er als Beruhigungskommissar aufzutreten und wirken wolle. Er unterzog die ganze Lebensmittelpolitik während der Kriegszeit einer scharfen, aber zutreffenden Kritik, wobei er besonders hervorhob, daß für die letzten Ausstände der Munitionsarbeiter nicht die Gewerkschaften verantwortlich zu machen sind, sondern lediglich die Verwaltungen, die nicht alles getan hätten, was möglich gewesen wäre. Die Kürzung der Brotration habe in der Tat eine bedrohliche Lage geschaffen und die Stimmung bei der Arbeiterschaft könne jederzeit wieder kritisch werden, wenn es nicht gelänge, die Aufgabe, die Kürzung der Brotration durch eine entsprechende Kartoffelmehrbelieferung auszugleichen, einzuhalten.

Durch Regelung der Produktion müsse eingeholt werden, was noch eingeholt sei. Ein bestimmter Anbauumfang müsse gefordert werden. Die Regierung müsse dem passiven Widerstand der Landwirte

Der kleine Gefangene.

DBA. Er ist vier Jahre alt, nachdenklich und aufmerksam und hat einen ausgesprochenen Sinn für zwecklose Bewegung. Sein kleiner Körper steckt voll Anreiz und namentlich im Frühling und Sommer treibt ihn unbändiges wachsendes Leben zum Spiel in Licht und Sonne. Die Erfüllung dieser Sehnsucht versteht sich aber nicht von selbst. Der kleine Kerl muß schon erfahren, daß er zuviel vom Leben verlangt.

Denn er wohnt im Zimmer einer Mietkammer. Tag für Tag — und wie viele Stunden! — verbringt er mit seinem heftigen Weimern nach draußen in diesem engen Raum, wo er kaum ein paar Schritten gehen kann, ohne anzustoßen, und wo er nur ein kleines Stückchen vom Himmel sieht. Die Mutter arbeitet, die Geschwister sind in der Schule, niemand geht mit ihm auf den Spielplatz oder auf die Straße.

Sin und wieder kann er auf den Flur entweichen. Dann trabt er mit hochgehobenen Armen von einem Ende zum anderen, hin und her — jauchzend, schreiend — und läßt sich nichts anhaben,

zu große Bedeutung bei. Sie müsse Baghaftigkeit, hier energisch vorzugehen, überwinden. Ein gelinder staatlicher Zwang müsse ausgeübt werden. Eine andere Produktionsförderung, die durch unverhältnismäßig hohe Preise dem Landwirt große Gewinne zuführen wolle, könne nicht gebilligt werden. Notwendig sei weiter auch nicht bloß eine Rationierung des Verbrauchs, sondern auch der Erzeugung. In die Rationierung müßten auch die Gänge einbezogen werden, für die auch Höchstpreise festgesetzt werden müßten. Die privatkapitalistische Wirtschaft habe in der schwierigsten Zeit versagt. Nicht die Freigabe des Handels sei zu fordern, sondern die weitere Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft. Gätte man in den amtlichen Dienst der Lebensmittelversorgung die Gewerkschaften und Genossenschaften einbezogen, sie würden schon imstande gewesen sein, der Lebensmittelversorgung Leben und Inhalt und praktische Gestalt zu verschaffen. Die öffentliche Bewirtschaftung müsse fortgesetzt werden, auch über den Krieg hinaus, selbst wenn dabei ein Stück Sozialismus mit unterlaufen sollte. Es darf nicht nach privaten Interessen gefragt werden, sondern nur danach, wie kann Deutschland durch eine geeignete Lebensmittelpolitik über die Kriegszeit hinweggebracht werden. Zur Frage der Landesverteidigung gehöre auch die Frage der Lebensmittelversorgung. (Bravo!)

Geh. Regierungsrat Dr. Schmitt: Es sei leichter, Kritik zu üben, als praktisch mitzuarbeiten. Gewiss seien Fehler gemacht worden, auch in Sachsen, aber man habe aus ihnen gelernt. Keineswegs ließen sich die Reichsstellen von dem Gedanken leiten, daß die privatkapitalistischen Interessen vor das Allgemeinwohl zu stellen sind. Unsere Ernährungsschwierigkeiten werden wir noch für mehrere Jahre behalten, ganz gleich, ob wir einen baldigen Frieden haben oder nicht. Es könne aber keinem Zweifel unterliegen, daß, wenn wir jetzt knapp an der Hungersnot vorbeikommen, die schlimmste Hungersnot im Lande eintreten würde, wenn es nicht gelänge, unsere Wirtschaft im Innern aufrechtzuerhalten, bis wir an der Front unsere Zukunft gesichert haben. Um der Schwierigkeiten Herr zu werden, sei die gemeinsame Arbeit aller Volksteile nötig.

Betonen müsse er, daß der Regierung hinsichtlich der Lebensmittelversorgung ein ähnliches Programm vorgeschwebt habe, wie das von der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften vorgeeschlagene, nur hätten bei ihr hinsichtlich der Art der Durchführung sowie des Tempos Bedenken bestanden. Die Schwierigkeiten bei der Umgestaltung des Wirtschaftsbetriebes seien außerordentlich groß. Einer der größten Fehler sei es gewesen, daß die Regelung des Verbrauchs als zunächst unmöglich gehalten wurde. Ein weiterer Fehler sei die Festsetzung von Höchstpreisen ohne gleichzeitige Verbrauchsregelung gewesen. Von diesem Fehler sei man nun aber wohl ganz allgemein kuriert. Trotz aller Arbeiten werden aber gewisse Ungleichheiten bestehen bleiben. Selbst das beste Programm könne eine reistlose Lösung des Problems nicht bringen.

Einige Worte zur Verabsicherung der Brotration und ihrer Folgen! Der Schrecken der Arbeiterschaft über die Kürzung der Brotration sei sicherlich nicht größer gewesen als der Schrecken der verbündeten Regierungen, als ihnen die Reichsgetreidestelle eröffnete, daß ohne Kürzung der Brotration eine Garantie für ein Durchhalten bis zum nächsten Erntejahr nicht übernommen werden könne. Transport-schwierigkeiten und Mangel an Arbeitskräften erschweren momentan die Zufuhr von Kartoffeln ganz außerordentlich, weswegen wir um die Zuweisung von Mehl nicht herumtänzen, das schließlich auch in der Form von Brot gewährt werden könnte.

wenn die kleine Wucht seines Körpers von harten Wänden empfangen und gedämmt wird. Das ist aber ein seltenes Fest. Von rechts und links, von oben und unten besorgen sich die Nachbarn bei der Mutter über den Töblichstigen. Er wird geschlagen und muß lernen, sich im Raum zu halten. Langeweile kennt er nicht, dazu ist er zu klug, aber er quält sich ab mit sich selbst zu nichts und wieder nichts.

Nach aber ist nicht alles verloren. Seine Mutter ist Zimmervermieterin, und an einem der vermieteten Zimmer hängt ein kleiner Balkon. Der gehört zwar nicht ihm, aber es gibt doch Stunden, wo er die Abwesenheit des Mieters benutzen kann, hinauszuschlüpfen. So groß, daß er über die Brüstung schauen könnte, ist er nicht, aber man kann unten durch die eisernen Gitter blicken. So sieht der kleine Gefangene oft regungslos an Aus-gang, hält die Stäbe fest mit beiden Händen und sieht das Gesicht hindurch, soweit es gehen will. Anfangs sah er Wägen, Pferde und Menschen, hohe Häuser mit Läden und sogar ein paar Bäume. Jetzt sieht er nur noch das Spiel der großen Kinder. Er füllt es in den Fußspitzen und in der Kehle: — laufen, schreien! Er hat sich wohl in der Gewalt

Als Ersatz für das fehlende Brot werde bekanntlich auch ein halbes Pfund Fleisch gewährt. Diese erhöhte Fleischbelieferung nötige natürlich zu außerordentlich tiefen Eingriffen in die Viehbestände, weshalb vielfach die Befürchtung laut geworden sei, daß wir unsere Viehbestände ruinieren könnten, so daß wir später ganz ohne Fleisch sein werden. Bis zu einem gewissen Grade sei das richtig, aber die dadurch herbeigeführte Verminderung unserer Viehbestände entspreche unseren Bedürfnissen, weil sonst Futter in solchen Mengen bereitgestellt werden müßte, die wir nicht haben, wenn die menschliche Ernährung unbedingt sichergestellt werden solle. Die Verminderung der Viehbestände sei also richtig und notwendig. Möglicherweise werde das Schweinefleisch im nächsten Winter zur Parität werden. Haben wir keine Schweine, so haben wir doch Kartoffeln, und das muß maßgebend sein!

Das einzige Bedenken liege darin, daß in die Milchviehbestände eingegriffen werde als es sich wirtschaftlich rechtfertigen lasse. Ein Eingriff in den Milchviehbestand werde sich auch in Sachen nicht ganz vermeiden lassen, aber wir würden trotzdem für den nächsten Winter einen Milchviehbestand behalten, der einigermaßen unseren Bedürfnissen entspreche.

Die Frage der Schwer- und Schwerarbeiter sei die denkbar schwierigste. Ganz besondere Schwierigkeiten bereite die Begriffsbestimmung. Am besten sei es noch bei den Fett- und Fleischzulagen vorhalten gegangen. Hier bestche das System, daß für das ganze Land eine Kommission gebildet wurde, der neben den Vertretern der Arbeiterschaft auch solche der Arbeitgeber, der Regierung und der Kriegs-amtsstelle angehören. Diese Kommission habe jeden Betrieb zu prüfen, ob darin Schwerarbeiter vorhanden sind. Diese individuelle Prüfung möge ihre Mängel haben, sie verdiene aber den Vorzug gegenüber dem Versuch, ganz allgemein bestimmte Arbeitergruppen herauszugreifen. Wahrscheinlich werde man dazu übergehen, in diesem Punkte allgemeine Richtlinien aufzustellen und danach die Belieferung der Kommunalverbände einzurichten. Diese Frage sei gegenwärtig gerade im Fluß.

Allmählich habe man sich daran gewöhnt, einen scharfen Gegensatz zwischen Landwirtschaft und Konsumtenteil herauszuarbeiten. Der Meferent habe hervorgehoben, daß auch in Konsumtenteilern immer mehr der Standpunkt zur Geltung komme: Wir wollen Nahrungsmittel haben! Der Preis ist uns gleichgültig! Er (Redner) möchte die Frage stellen: Wie könne aus der Landwirtschaft die Höchstleistung herausgebracht werden, ohne daß Preistreiberi und Preissteigerung zugelassen werde. Aus den Kreisen der Landwirtschaft kämen ebensoviel Klagen als wie aus Konsumtenteilern, sie seien in sehr vielen Fällen berechtigt. Die Aufrechterhaltung des Landwirtschaftsbetriebes Erfordere heute große Opfer. Durch unbeschränkte Preissteigerung einen Ausgleich zu schaffen, halte er aber nicht für richtig, es komme vielmehr darauf an, der Landwirtschaft zu helfen, daß sie leistungsfähig bleibe. Vielfach sei der Regierung so vorgeworfen worden, daß sie der Preisentwässerung zu langsam gefolgt sei. Bebeufalls sei richtig, daß sie sich nicht immer nach oben haben drängen lassen. Die Meinung, daß die Preissteigerung bloß auf der Preistreiberi einiger weniger gewissenloser Kriegswucherer beruhe, sei laienhaft. Das allgemeine Anziehen der Preise sei vielmehr eine notwendige Folge des Krieges.

Die niedrigen Preise, die vor dem Kriege bestanden, werden wohl nicht wiederkehren! Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die Preissteigerungen bloß auf Treiberi beruhen. Der durch den Krieg herbeigeführte ungeheuerlich starke Umlauf von Wärmitteln habe zu einer Entwertung des Geldes geführt, in-

und bleibt stumm, aber er denkt sich aus, wie er rasen könnte, und nachts träumt er von der grünen Wiege bei dem kleinen Haus in seinem Bilderbuch, wo gar keine Wägen und Autos sind und viel Platz für die kleinen Kinder.

Eines Tages ist aber auch das vorbei. Die lange, gerade Straße ist windig, und der Mieter friert es an den Füßen. Da halt man den Hammer und nagelt des Kindes Welt mit Brettern zu. . . .

Das ist ein Fall, entnommen aus der Wirklichkeit in Groß-Berlin, aber doch nur einer von Zehntausenden und Hunderttausenden gleichartiger Fälle, die sich alle Tage wiederholen in Berlin und in allen unseren großen Städten. Sollten wir das nicht eudlich ändern, dieses Martyrium des Kindes und diese unsagbare Schädigung der Volkskraft: ändern durch eine gründliche Wohnungsreform? Gewiß, wir hoffen es! Aber im preussischen Landwirtschaftsministerium verlangt man immer noch Preise für fiktive Baugebäude, z. B. an der Peripherie von Groß-Berlin, die eine solche Änderung unmöglich machen und die uns weiter zur Mietkammer verdammen. Wann endlich wird der Schrei der gequälten Jugend auch in diese Amtsstuben dringen?

folgenden die Preise ganz naturgemäß in die Höhe gegangen sind. Wir könnten die größte Gefahr laufen, wenn wir jetzt die Getreidepreise um 50 M. pro Zentner herabsetzen und den Kartoffelpreis auf 3,50 M. für den Zentner festsetzen wollten. Dann würde die öffentliche Bewirtschaftung einfach unmöglich gemacht werden und nur noch ein Schleißhandel existieren. Wollte man aber die öffentliche Bewirtschaftung einführen, müßte man sie in Einklang bringen mit den großen wirtschaftlichen Gegebenheiten.

Das Problem sei also nicht, die Preise wieder auf Friedenshöhe zu bringen, sondern sie so niedrig zu gehalten als es nur möglich sei. Die Grenze werde dort sein, wo wie Nahrungsmittel durch eine andere Preispolitik nie öffentlich in die Hand bekommen würden.

Am Schluß seiner Ausführungen verabschiedete Herr Geheimrat Schmitt, daß alle in der Diskussion vorgebrachten Klagen vom Landeslebensmittellamt eingehend geprüft werden sollen. Die Verantwortung, die wir zu tragen haben, ist außerordentlich groß, sie wird am leichtesten zu tragen sein bei einer Verständigung mit der Arbeiterschaft. Dann werde es auch am leichtesten sein, die Kritik fruchtbar zu gestalten. (Bravo-Aufe.)

Aus unserem Beruf.

Preiserhöhung in der Etuisindustrie. Nach der „Kartonnagen-Zeitung“ hat der Vorstand der Etuisfabrikanten am 1. Mai einen Teuerungszuschlag von 100 Proz. auf Westdeckel, Westdeckelstücken und Silber-einrichtungen und 75 Proz. auf Schmuckstücken, Ahrenetuis, Etalagen und sämtliche Kartonnagen bekanntgegeben.

Wir wollen die Verabsichtigung derartiger Preiserhöhungen nicht beitreten, doch möchten wir in Rücksicht auf die geringen Teuerungszulagen für die Arbeiterschaft im größten Teil der Etuisindustrie sagen:

Im Einnehmen seid ihr reich und ihr,
Doch für die Arbeiter geht ihr nit.

Korrespondenzen.

Berlin. Am 23. Mai fand eine Branchenversammlung für die in den Buchdruckerien und Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Kollegen und Kolleginnen statt. Auf der Tagesordnung stand der Bericht über die Verhandlungen wegen der neuen Teuerungszulagen. Hierzu führte Kollege Grebe als Berichterstatter aus, daß über die in unverbindlicher Form mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen wegen neuer Teuerungszulagen bereits in der Branchenversammlung vom 27. April Bericht erstattet sei. In dieser Versammlung wurde dann der Beschluß gefaßt, wegen der fortwährend zunehmenden Teuerung erneut an die Arbeitgeber wegen Gewährung weiterer Teuerungszulagen heranzutreten und zwar sollten auf alle Verdienste, gleichgültig ob im Afford oder Wochenlohn, 25 Proz. verlangt werden. Grebe nahm dann Bezug auf die Forderungen unserer Gauleiterkonferenz sowie der Buchdrucker. Es war nun vorzuziehen, die Prinzipale um eine höheren Zulagen als den Buchdruckern geben würden. In der Verhandlung mit den Arbeitgebern erklärten denn auch dieselben, daß von höheren Zulagen keine Rede sein könne, insbesondere sei es nicht möglich 25 Proz. auf alle Verdienste zu bezahlen. Das Resultat der Verhandlung war der Abschluß einer Vereinbarung, welche erst nach der Beschlußfassung der beiderseitigen Versammlungen unterliegen soll, bevor sie in Kraft tritt.

Die hauptsächlichsten Bestimmungen der Vereinbarung sind folgende:

Wöchentliche Teuerungszulagen für Gehilfen im Zeit- und Affordlohn:

	Verheiratete	Ledige
Bei 0-1 M. über Minimum	9,50 M.	8,- M.
" 1-3 " " "	8,50 "	7,- "
" 3-5 " " "	7,50 "	6,- "
" 5-7 " " "	6,50 "	5,- "
" 7-9 " " "	6,- "	4,- "
Bei höheren Löhnen	4,50 "	3,- "

Sollten bei späteren Verhandlungen bis 1. Juli den Buchdruckergehilfen seitens des Tarifamts höhere Teuerungszulagen zugeteilt werden, so sollen dieselben auch den Buchbindergehilfen zufließen. Die Kinderzulage kommt in Fortfall. Die vorstehenden Teuerungszulagen werden mit Wirkung ab 1. Mai bezahlt bzw. nachgezahlt.

Diese Teuerungszulagen treten an Stelle der bisher gezahlten, sofern letztere jedoch höher waren, bleiben sie bestehen. Für den Monat April wird den Gehilfen eine Nachzahlung von 5 M. geleistet.

Arbeiterrinnen im Wochenlohn und Afford erhalten an Teuerungszulagen: a) gelebte wöchentlich 4,50 M.; b) ungeborene wöchentlich 3 M.

Anßerdem für alle Kinder unter 14 Jahren eine Kinderzulage von monatlich 2 M. und für

Dandfaltarbeiter 25 Proz. Zuschlag auf die tariflichen Affordlöhne, mit Wirkung ab 1. Mai.

Die Arbeiterinnen erhalten für April nachträglich eine Zahlung von 5 M. Der bestehende Tarifvertrag wird bis zum 31. Dezember 1918 verlängert und ist zu diesem Termin mit viermonatlicher Frist aufkündbar. Lieber alle Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Teuerungszulagen und obige Vereinbarungen entscheidet eine beiderseitige Kommission von je 3 Mitgliedern, die auch nach Friedensschluß entscheidet, ob und in welchem Umfang obige Vereinbarungen in Kraft bleiben sollen.

Die Prinzipale haben sich bereits in einer Versammlung mit dieser Vereinbarung befaßt und verlangen folgende Abänderungen:

Etwas höhere Zulagen der Buchdrucker sollen den Buchbindern nicht gewährt werden. Die Arbeiterinnen erhalten für April nur 3 M. Die Kommission, welche über Meinungsverschiedenheiten entscheiden soll, kann aus je 1-3 Mitgliedern bestehen. Ebenfalls soll der Passus fallen, daß die Zulagen bindende Kraft erhalten.

Die Branchenleitung ist aber zu dem Schluß gekommen, daß an den Vereinbarungen nichts mehr geändert werden soll, zumal die Zugeständnisse an und für sich nicht weitgehend genug sind.

An der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Kollegen und Kolleginnen, die alle das Zugeständene als völlig unzureichend bezeichneten. Wenn man sich aber mit den gemachten Zugeständnissen einverstanden erklären wolle, so nur dann, wenn daran nichts geändert wird. Könnte man unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht zu den uns sonst zu Gebote stehenden Nachmitteln greifen, so müßte sich die Kollegenschaft eben auf andere Weise helfen. Einige Kollegen empfahlen die glatte Ablehnung der Vorlage, man solle einfach 25 Proz. verlangen und bei Weigerung der Arbeitgeber, zu zahlen, einfach einen anderen Beruf ergreifen. Schließlich wird noch der Antrag gestellt, die Lohnerstunden zu verweigern, um dadurch die Arbeitgeber zur Zahlung höherer Zulagen gezwungen zu machen. Ferner liegt eine Resolution vor, die Vorlage abzulehnen und die Branchenleitung mit sofortigen neuen Verhandlungen zu beauftragen. Nach ausgiebiger Diskussion gelang es eine Resolution gegen eine starke Minderheit zur Annahme, die da bedeutet, daß die Herzen der Arbeitgeber ihren Personalen so wenig Entgegenkommen zeigen, die Streichung einiger Abstände in den mit unserer Unterhändlern aufgestellten Vereinbarungen nicht für tunlich hält und daher erwartet, daß die Vorlage in der alten Fassung wieder hergestellt wird. Nur unter dieser Voraussetzung erklärt sich die Versammlung zur Annahme der Zugeständnisse und zu weiteren Verhandlungen bereit. Durch Annahme dieser Resolution sind die vorerwähnten Anträge erledigt.

Unter Verschiedenem stellte die Kollegin Hansen den Antrag, im Zukunft nicht mehr ein „Vorwärts“ zu inserieren, da dasselbe nicht mehr als Arbeiterorgan bezeichnet werden könne. Ein Kollege warnt davor, auf diese Weise den Parteistreit auf die Gewerkschaft zu übertragen und weist den Vorwurf der Kollegin Hansen zurück. Kollege Klar bezeichnet den Antrag als vor die Generalversammlung gehörig, es könne demzufolge auch nicht darüber abgestimmt werden. Hierauf erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

Die Berliner Ortsverwaltung teilt uns nach mit: Am 26. Mai wurden nun aufs neue Verhandlungen mit den Buchdruckerbesitzern gepflogen und folgendes vereinbart:

Die wöchentlichen Teuerungszulagen für Gehilfen sind die gleichen wie für die Buchdruckergehilfen, also wie sie im vorstehenden Bericht angegeben sind.

Die Nachzahlung für April in Höhe von 5 M. wieder zu erreichen, gelang uns zwar nicht, sondern blieb auf 3 M. beschränkt, jedoch kann diese geringfügige Differenz den neuen Vertrag nicht zum Scheitern bringen.

Wir eruchen nun unsere Mitglieder, nach den neuen Vereinbarungen ihre Lohnberechnung vorzunehmen, ebenso die Nachzahlung zu verlangen.

Hannover. Unsere am 18. Mai stattgefundene öffentliche Versammlung aller in unserem Beruf tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen erregte sich eines verhältnismäßig guten Besuchs. Stand doch auf der Tagesordnung: 1. Die Eingabe an unsere Prinzipale zwecks Gewährung von Teuerungszulagen bzw. Erhöhung derselben. Als 2. Punkt bekanntgab derjenige Prinzipale, die bereits unsere Forderungen bewilligt haben. Nachdem der Referent, Kollege Goppert, in einem kurzen Referat einen Vergleich zwischen der vorigen und der jetzigen Teuerungszulagenbewegung gezogen und das Ergebnis der jetzigen Bewegung in das richtige Licht gerückt hatte, konnte in der nachfolgenden lebhaften

Aussprache die Tatsache nicht übergangen werden, daß wir jedenfalls noch besser abgeteilt hätten, wenn die uns noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen sämtlich unserer Organisation angehört hätten. Die Versammlung gelobte durch einstimmige Annahme der nachstehenden Entschließung, bis zur nächsten Bewegung alles aufzubieten, um unsere noch abseits stehenden Kollegen und Kolleginnen der Organisation zuzuführen und dieselben zu überzeugen, daß sie durch ihr Verhalten nicht nur sich, sondern auch alle ihre Mitarbeiter auf das schwerste schädigen. Das Ergebnis ist folgendes: Alle größeren Firmen gewähren pro Woche an die männlichen Arbeiter 6,50 M., Hilfsarbeiter 4 M., Arbeiterinnen 2,50 M. Teuerungszulage. Die Firma Oldemeyer Nachf., die die erste Firma war, die 20 Proz. den männlichen und 10-15 Proz. den weiblichen Arbeitern gewährt hat, wird ja jedenfalls die kleine Differenz noch nachholen. Die übrigen Firmen, die bewilligt haben, sind folgende: J. E. König u. Ehardt, Esler u. Arndt, Mölling u. Comp. (B. Willig 8,- und 3,50 M.) - das Tagesblatt, nicht zu vergessen, hat auch bewilligt - Osterwald, Leunis u. Chapman, Ferd. Sachse, Janide, Petersen. Auch letztere Firma hat noch eine kleine Differenz nachzuholen. Von der Firma Freis Baumgarten, Papiermanufaktur, muß noch rühmend hervorgehoben werden, daß sie unsere Forderung nicht nur restlos bewilligt hat, sondern auch ihren verheirateten Arbeitern die Wohnungsmiete bezahlen will. Nach einem fröhlichen Schlußwort wurde die Versammlung geschlossen. Die Entschließung lautet: „Die heute im Saale des Gewerkschaftshauses tagende öffentliche Versammlung aller in unserem Beruf tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Verhalten eines Teils unserer Arbeitgeber. Die Versammlung erblickt die Ursache eines derartigen Verhaltens aber nur in der Nichtzugehörigkeit eines Teils unserer Mitarbeiter männlichen sowie weiblichen Geschlechts zur Organisation. Die Versammlung gelobt alles aufzubieten, um die noch fernstehenden zu überzeugen, daß sie durch ihr Verhalten nicht nur sich, sondern auch ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auf das schwerste schädigen. Denn einer geschlossenen guten Organisation gegenüber würde der Schacher und Handel um Teuerungszulagen von einem Teil unserer Arbeitgeber nicht hochkommen, sondern sie würden unsere sehr bescheidenen Forderungen restlos bewilligen.“

München. Am Mittwoch, den 16. Mai, fand unsere Vierteljahresversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht der Verwaltung; 2. Lohnbewegung; 3. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des im Felde gefallenen Kollegen Farbus und des verstorbenen Kollegen Magerluth in üblicher Weise.

Der Geschäftsbericht gab Kollege Groenhoff, der auf den gedruckt vorliegenden Bericht verwies. In dem verfloffenen Quartal ist die Agitation für den Verband wesentlich behindert durch die Härte des Winters, durch den damit verbundenen Kohlenmangel und die anschließenden Versammlungsverbote. Eine Reihe geplanter Veranstaltungen, so auch eine speziell für die Kolleginnen gedachte Versammlung mit anschließender Unterhaltung mußte unterbleiben. In bezug auf die Teuerungszulagen und diesbezügliche Unterhandlungen usw. gab der Bericht einen kurzen Überblick und verwies auf die neuen Zulagen in den Steindruckerien und lithographischen Anstalten, sowie auf die Bewegung in den Druckereien, die allerdings schon in das 2. Quartal hineinragt. Zum Kassenbericht gab Revisor Kollege Markussen bekannt, daß Kasse und Belege in guter Ordnung gefunden wurde. Eine Diskussion wurde nicht beliebt und konstatierte der Vorstehende Kollege Arabich die Annahme des Berichts.

Zum zweiten Punkt: „Lohnbewegung“ referierte ebenfalls Kollege Groenhoff, der kurz an die Bewegung im Vorjahr erinnerte. Versuche, diesmal eine nähere Fühlungnahme mit den verwandten Verbänden, besonders mit den Buchdruckern herbeizuführen, blieben ergebnislos. Letztere erklärten, daß vor Mitte Mai ihrerseits nichts unternommen würde. Indessen sind schon seit Anfang Mai die neuen Teuerungszulagen heraus, wodurch wir wieder, wie im Vorjahr, vor gegebene Tatsachen gestellt wurden. Die Prinzipalsvereinbarung hat bei dieser Gelegenheit auch wieder für die Buchdruckerarbeiter und -arbeiterinnen sowie für das Buchbinderpersonal Teuerungszulagen beschlossen, ohne auch nur im geringsten Fühlung mit den beiden Verbänden zu nehmen, so daß man sich mit Recht fragen dürfe, ob die Tarifgemeinschaft noch besteht oder nicht? Beide Verbände hatten gleichlautende Anträge gestellt, wonach den Männlichen 6 M. und den Weiblichen 5 M. Teuerungszulage pro Woche gewährt werden sollten. Die Prinzipale hatten diese Anträge gar nicht abgewartet, sondern zunächst 4 M. für Hilfsarbeiter, 4 und 5 M. für Buchbinder und 3 M. für die Ar-

weiterhin beschließen. Anlässlich einer Tarifschiedsgerichtssitzung mit dem Hilfsarbeiterverband kam es zu einer energiegelichen Auseinandersetzung mit dem Prinzipalverein, im Verlauf dessen nunmehr 6 Mr. Teuerungszulage für die männlichen und 4,50 Mr. für die weiblichen Mitglieder bewilligt wurden, und in einem Schreiben wurde uns mitgeteilt, daß man unseren Wünschen Rechnung getragen und uns auch die Zulagen bewilligt hätte. Danach würden die letzteren Sätze nunmehr gültig sein und sind in den Druckereien zum Teil schon zur Auszahlung gelangt. Es trägt sich nun, ob die Kollegenchaft damit einverstanden ist und ob die vorstehenden Sätze dann auch in den Buchbindereien zur Durchführung kommen sollen? Darüber hat die Versammlung zunächst zu entscheiden.

Inbezug auf die Tarifrfrage waren Ausschuss und Tarifkommission der Meinung, daß es notwendig und nützlich sein würde, eine Tarifrevision zu beantragen, um die entstandene Spannung zwischen der tariflichen Minimalgehältern und den infolge der Kriegswirtschaft herbeigeführten tatsächlichen höheren Löhnen etwas auszugleichen, und der verteuerten Lebenshaltung, die nach dem Kriege nicht ohne weiteres verschwinden dürfte, Rechnung trägt. Die Tarifkommission glaubt daher der Versammlung empfehlen zu sollen, sich wenigstens im Prinzip für eine Tarifrevision zu entschließen. Voraussetzung für eine glückliche Durchführung einer solchen Bewegung ist natürlich, daß sich unsere Mitglieder selbst kräftig rühren, nicht nur ihre Wünsche vortragen, sondern auch an den Versammlungen und Beratungen kräftig mitarbeiten. Die Lücken in der Organisation, soweit solche in den einzelnen Betrieben noch vorhanden sind, müssen ausgefüllt werden. Das Vertrauensleutesystem ist mehr und mehr auszubauen und diese selbst unbedingt auf den Posten und zur Stelle sein, wenn der Ruf an sie ertönt. Lohnbewegungen können und sollen nicht das Produkt einer kleinen Zahl von Beauftragten sein, sondern müssen getragen werden von der Masse der Kollegenchaft selbst. Nur unter der Voraussetzung kann die Verwaltung an diese verantwortungsvolle Aufgabe herantreten.

Der Vorsitzende schloß an dieses Referat ebenfalls den Hinweis, daß es sehr wohl möglich sei, auch in der Kriegszeit zu agitieren, das beweisen die Aufnahmezettel, die eben wieder heringebracht sind. In der Aussprache über die Teuerungszulage kam das Mißfallen zum Ausdruck, das die Versammlung und überhaupt die Kollegenchaft empfand über die Art und Weise, wie der Buchdruckerbetriebsverein die Frage behandelt hat. Auch wurde von mehreren Seiten zum Ausdruck gebracht, daß die Kollegen und Kolleginnen vielfach selbst schuld sind, wenn sie nicht mehr Achtung genießen. Diese muß errungen werden durch festes Vorgehen und zähes Festhalten an dem Verband, wodurch die Buchdrucker auch allein ihre günstigere Position errungen haben. Auch wurde von einzelnen Kollegen gewünscht, daß die Beschlüsse noch etwas besser berücksichtigt werden. Schließlich gelangte aber die Vorlage zur Annahme und wurde die Verwaltung beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, um die neuen Zulagen auch in den Buchbindereien, soweit sie nicht schon erfolgt sind, zur Durchführung zu bringen.

Inbezug auf die Tarifrevision fand ebenfalls eine rege Aussprache statt und wurde schließlich einstimmig beschlossen, daß die Tarifkommission ermächtigt ist, diese Bewegung vorzubereiten und nach Lage der Verhältnisse auch den Tarif zu kündigen. In einem Schlusswort wies Kollege Groenhoff auf die in Berlin stattgefundenen Konferenzen sowie auf die dort gefassten Beschlüsse hin und betonte, daß der Verbandsvorstand unter der Voraussetzung mit der Tarifbewegung einverstanden ist, daß wir die dazu notwendige Macht besitzen, diese Bewegung durch gehörigen Nachdruck zum guten Abschluss zu bringen. Zur Ergänzung und Vervollständigung der Tarifkommission wurden noch eine Kollegin und drei Kollegen vorgeschlagen und gewählt.

Unter Verschiedenem wies Kollege Groenhoff noch auf die Schritte hin, die seitens der Verwaltung inbezug auf die Protokolle für Schwerarbeiter getan sind. Weiter machte er die Mitteilung, daß für die Rüstungs- und Kriegsindustriearbeiterschaft nunmehr jede Woche Freivorstellungen in den verschiedenen Theatern stattfinden und die Karten unter den vorgezeichneten Bedingungen auf dem Bureau zu haben sind. Weiter gab er bekannt, daß der Schriftsteller Dr. Maxip der Kunstkommission des Gewerkschaftsvereins eine jährliche Zuwendung von 500 Mr. für Kunstzwecke zur Verfügung stellte. Zum Schluss verwies er auf die letzte Nummer der „Buchbinder-Zeitung“, wonach die aus dem Kriege verletzten oder kranke heimgekehrten Kollegen einen Fragebogen über ihr Invaliditätsverhältnis ausfüllen sollen und hat um allseitige Beachtung dieser Frage. Darauf fand Schluss dieser interessanten und bedeutsamen Versammlung statt.

Rundschau.

Stegerwald über die gewerkschaftliche Arbeitsgemeinschaft. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, A. Stegerwald, hat auf der Tagung des christlich-nationalen Arbeiterkongresses in Offen am 6. Mai auch über das Zusammenarbeiten der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen gesprochen. Er führte dazu aus:

„Trotz dieser (partei politischen) grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten arbeiten wir in praktischen Fragen mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften im Kriege zusammen und sind geformt, diese praktische gemeinsame Arbeit auch nach dem Kriege aufrechtzuerhalten. Das tun wir, um uns praktische Vorteile zu sichern. Wir haben zusammengearbeitet beim Hilfsdienstgesetz, bei der Frage der Staatsaufsicht über das Wirtschaftsleben und bei der Lebensmittelförderung. Wir arbeiten aber mit der sozialdemokratischen Richtung zusammen nicht bloß um praktische Vorteile zu erzielen, sondern auch aus vaterländischer Notwendigkeit. Diese gemeinsamen Aktionen mit der Sozialdemokratie sind von großer Bedeutung, selbst wenn man manchmal zurückstehen muß und dabei nicht immer die Worte gebrauchen kann, die vom monarchischen Standpunkt wünschenswert erscheinen. Die Sozialdemokratie ist eine starke Gruppe, und es wäre für die gesamte Situation nichts gewonnen, wenn die Sozialdemokratie weiter in die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft gedrängt würde. Das muß im letzten Stadium des Krieges verhindert werden. Mit staatlichem Zwang allein kann die Rüstungsindustrie nicht aufrechterhalten werden. Und dann ist es auch wichtig, daß die Sozialdemokratie nicht wieder bellend hinter dem Reichswagen herläuft, sondern mitarbeitet. Das ist eine staatsliche Notwendigkeit. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung fürchtet sich nicht vor einer staatspolitisch gerichteten Sozialdemokratie. Wenn die Sozialdemokratie ein anderes Verhältnis zum Staat fände, so würde sich die christlich-nationale Arbeiterbewegung lieber mit ihr auseinandersetzen, als mit einer staatsverneinenden Sozialdemokratie, denn die Arbeiterbewegung ist nicht Selbstzweck.“

Der „wirtschaftsriedliche“ „Wertverein“ versteht diese Ausführungen mit häßlichen Randglossen. Die Auftraggeber des „Wertvereins“ fäßen es natürlich lieber, daß die Gewerkschaftsrichtungen sich dauernd befehdeten. Das Unternehmungsblatt behauptet, „die Zentrumspreße“ habe die obigen Ausführungen Stegerwalds „mit feinem Wort erwähnt“. Das läßt „tief blöden“.

Die Bevölkerung Amerikas. Im Jahre 1910 wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika 92,17 Millionen Menschen gezählt, von denen rund 10 Millionen farbige waren. Die weiße Bevölkerung zählte 81,73 Millionen Köpfe. Im Ausland waren von der Gesamtbevölkerung 13,51 Millionen, von ausländischen Eltern waren 32,24 Millionen Menschen geboren. Zergliedert man die im Ausland Geborenen nach den verschiedenen Geburtsländern, so ergibt sich, daß die Zahl der in Deutschland Geborenen obenan steht. Es waren nämlich geboren in:

Deutschland	2 501 333
Rußland und Finnland	1 782 462
Irland	1 352 251
Italien	1 343 125
Kanada	1 204 637
Oesterreich	1 174 973
England	877 719
Schweden	665 207
Ungarn	495 609
Norwegen	403 877
Schottland	261 076
Mexiko	221 915

Nach man England, Wales, Schottland und Irland zusammen, so findet man allerdings, daß die Zahl der in Großbritannien Geborenen noch über die in Deutschland Geborenen hinausgeht; die Summe der in den genannten Ländern Geborenen beträgt nämlich 2 573 534. Die Zahl der von deutschen Eltern in Amerika Geborenen betrug 1910 5,28 Millionen. Auch hier steht Deutschland obenan, wenn man England, Wales, Schottland und Irland getrennt betrachtet, wie es die amerikanische Statistik tut. Von Eltern, die aus dem Auslande stammten, waren in Amerika geboren:

Geburtsland der Eltern	Geborene	Geburtsland der Eltern	Geborene
Deutschland	8 282 618	England	2 322 442
Irland	4 504 860	Italien	2 098 360
Kanada	2 754 015	Oesterreich	2 001 559
Rußland	2 541 040	Schweden	1 364 215

Anzeigen

Zahlstelle Berlin.
Nach langem Leiden ist unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder
Gustav Parlowsky
am 17. Mai gestorben. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Frankfurt a. M.-Offenbach.
Nach langen Leiden verstarb in der Hegeanstalt Gutingen a. Rh. unser langjähriges Mitglied, Kollege
Heinrich Mauß.
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Als Opfer des Weltkrieges fiel Anfang Mai, nachdem er 33 Monate treu seine Pflicht erfüllte, mein lieber Freund und Kollege, der Befreite der Landwehr
Richard Schilling
Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse.
Ich werde sein Andenken stets in Ehren halten. Leicht sei ihm die fremde Erde!
Georg Bille nebst Braut.

Nachruf.
Nach 33 Monaten treuer Pflichterfüllung fand den Tod bei den letzten schweren Kämpfen unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Befreite der Landwehr
Richard Schilling.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten. Leicht sei ihm die fremde Erde!
Die Kolleginnen und Kollegen der Großbuchbinderei A. Schoß in Berlin.

Der wertvollste Schuhwerk, Lederstiefeln, Schuhen, Anzügen, Jacken und Regenmänteln, für alle anderen selbst ausbessern will, verwendet vorzüglich
„Nähable Stepperin“
Sie näht spielend den Steppstich wie Maschine und leidet nie, in ganz kurzer Zeit im Gebrauch wie bei Ausbessern. Garantie für Brauchbarkeit. Zahlreiche Unternehmungen und Nachbestellungen :: ::
Preis 2,50 Mr. mit fert. Nadeln gegen Voreinsendung oder Nachnahme durch:
General-Vertreter Chr. Schopper,
:: Stuttgart 1, Schwabstraße 67 ::

Bindsäden
Bersab für Post und Bahnversand.
Probe 5 kg. gegen Nachnahme.
Lieferung nur an Selbstverbraucher.
Willy Rendsburg, Kiel 26.

Für Buchbinderei
Schreib- und Schulartikeln sehr geeigneter größerer Laden mit 2 Schaufenstern, anschließender Wohnung, gegenüber höherer Mädchenschule (800 Mädchen) sofort oder später zu vermieten. Offerten an
Hg. Alweiler,
Heidelberg (Baden).